

Erscheint  
an allen Wirktagen.  
Bezugspreis  
vom 1. Juli 1921 an  
monatlich M.  
in der Geschäftsstelle 50.—  
in den Ausgabestellen 52.50—  
durch Zeitungsboten 55.—  
durch die Post . . . . 55.—  
Fernsprecher: 4248, 2278.  
3110, 3249.

# Po<sup>n</sup>esner Tageblatt

Anzeigenpreis:  
f. d. Grundschriftseite im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens . . . . 15.— M.  
im Reklameteil 40.— M.  
Für Aufträge aus  
Deutschland . . . . 3.50 M.  
im Reklameteil 10.— M.  
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:  
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czecoslovak Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

## Die Leipziger Kriegsprozesse.

Reichsjustizminister Schiffer hat ein offenes Wort an die Adresse Briands gerichtet, dessen Äußerungen über das Verfahren der Leipziger Kriegsprozesse begreiflichen Unmut in den Kreisen der deutschen Juristen hervorgerufen hatten. Ausdrücke, wie "Parodie der Gerechtigkeit", "Schauspiel", "Komödie" müssen doch — so führte der deutsch Reichsjustizminister aus — gerade in einem Augenblick befremden, da von allen am Kriege beteiligten Ländern Deutschland das einzige ist, das seine "Kriegsverbrechen" zur Verantwortung zieht ja, das sich nicht einmal auf die in der Liste angeführten Personen beschränkt, sondern sogar darüber hinaus alle, die in begründetem Verdacht stehen, von sich aus vor seine Schranken fordert. Herr Briand müßte doch, wenn ein Funke von Gerechtigkeitsgefühl in ihm steht, diejenigen seiner Landsleute unter Anklage stellen lassen, die Deutschland ihm als Kriegsverbrecher bezeichnet hat. In einem Augenblick, da der Völkerhass den Höhepunkt erreicht hat, diesen Hass durch solche Äußerungen noch schüren, liegt doch wahrlich nicht im Interesse einer Welt, deren ganzes Bestreben darauf gerichtet sein sollte, gemeinsam am Wiederaufbau der internationalen Beziehungen zu arbeiten. Dieses gewaltsame Herausbeschwören einer schrecklichen Vergangenheit widerspricht jedem ethischen Empfinden.

Diese schweren Angriffe Briands gegen einen Gerichtshof in letzter Instanz fordern geradezu heraus, von den Grausamkeiten in der französischen Kriegsführung zu sprechen. Wie prämierten Herrn Briand als Gegenrechnung einen in der "Humanité" veröffentlichten Brief, den ein Herr Dr. Kochlin aus Paris an diese Zeitung gesandt hat. Dieser Brief berichtet nichts weiter, als daß die 10. Division Machand sich ganz besonders dadurch ausgezeichnet habe, daß sie wenig Kriegsgefangene mache. Und weiter hat der Oberst des 52. Kolonialregiments, Petier Demange, den formellen Befehl gegeben, Deutsche weder verwundet noch gefangen einzubringen. Der Unterleutnant Merlin hat dem Dr. Kochlin bestätigt, daß er sogar der Niedermelzung eines feindlichen Hilfspostens, bestehend aus Vermundeten, Arzten und Krankenträgern, beigezwungen habe. Um diesem allem die Krone aufzusetzen, hat der Oberst Petier Demange sich selbst im November 1915 seiner Taten gerühmt. Herr Briand hat doch angesichts dieser Dinge keinen Grund, den Entrüsteten zu spielen: "Du siehst den Splitter im Auge deines Bruders, den Ballen in deinem eigenen Auge wirfst du nicht gewahrt!"

In England ist man doch ehrlicher und erklärt sich bereit, auch englische "Kriegsverbrecher" abzurichten. Eine Äußerung in dieser Beziehung hat Churchill vor seinen Wählern in Birmingham. "Sache des Gegners sei es", so sagte Churchill, die Schulden zu benennen und die Beweismittel einzureichen. Und zeugt nicht die Ankunft der englischen Nachsprecher in Leipzig davon, daß England mit der in Paris vertretenen Auffassung nicht unbedingt übereinstimmt? Wichtig, sehr wichtig dünnkt uns daher die Anwesenheit des englischen Generalstaatsanwaltes in Leipzig. Es ist nicht gut, wenn Herr Briand angesichts solcher Tatsachen Erklärungen abgibt wie die folgende: "Die französischen Beugen werden zurückgerufen und wir haben unsere Bundesgenossen gebeten, unserem Beispiel zu folgen und aus der Lage die logische Folgerung zu ziehen. Deutschland bereitet sich selbst das Schicksal, das es wünscht, aber es wird dafür büßen müssen." Und was soll man in einer Welt, die geradezu nach Liebe, Frieden, gegenseitiger Achtung schreit, dazu sagen, wenn Hervé in der "Victoire" von einem kommenden zweihundertjährigen Hass Frankreichs gegenüber Deutschland spricht, weil man nach seiner und Briands Ansicht den Major Krusius nicht genügend bestraft habe? Seht "urteilt" Frankreich über deutsche "Kriegsverbrecher" in contumaciam! Es gibt außer Briand, Hervé und Frankreich noch Menschen in Europa, die in klarer Erfahrung der Dinge es noch über sich bringen, Urteile über den Verlauf der Leipziger Kriegsprozesse auszusprechen, die den Ohren Briands und seiner Anhänger zwar nicht gestellt genehm sind. Da ist zunächst das Urteil eines bekannten Holländers, des Präsidenten des obersten holländischen Kriegsgerichts, van Slooten, der dem Prozeß gegen den General Stenger beigelehnt hat, und der sich einem Journalisten des "Telegraaf" gegenüber folgendermaßen äußerte: "Ich habe mich im Verlaufe dieses Prozesses von der Unparteilichkeit des deutschen Verfahrens einwandfrei überzeugt. Wenn trotzdem ein Teil der ausländischen Presse anderer Meinung zu sein scheine, so ist diese Meinung nicht im mindesten in der Prozeßführung selbst begründet, sondern einfach in der Vorstellung bestimmter Kreise, die glauben, daß Reichsgericht habe in allen vorgelegten Fällen zu verurteilen und nicht zu prüfen". Van Slooten beabsichtigt, die Eindrücke, die er bei den letzten Prozessen gewonnen hat, in einem Bericht niederauszulegen. Hoffentlich wird Herr Briand die Zeit gewinnen, diesen Bericht zu lesen.

Scharf, schneidend scharf sagt der Chefredakteur der sowjetischen Moskauer "Iswestija", Herr Stellon, über die Leipziger Kriegsprozesse aus, "daß die deutschen Generale nicht den hundertsten Teil der Untaten begangen haben, die die Söldlinge der sich jetzt zu Nächtern aufzuerlegenden Entente während des russischen Bürgerkrieges verübt hätten." Nicht minder bezeichnend ist das Urteil des Mitarbeiters der "Neuen Zürcher Zeitung", Holzerin:

"Der Neutrale darf sagen, daß das Rechtsempfinden von der einseitigen Aburteilung nicht befriedigt werden kann. Jeder neue Prozeß zwinge zu dem Bekenntnis, daß es im höchsten Grade unmoralisch war, durch den Versailler Friedensvertrag dem Besiegten eine Pflicht aufzuerlegen, welche die Sieger für sich nicht annehmen. Wenn bei den Alliierten nicht freiwillig über diese Unmöglichkeit gesprochen werde, dann muß ein Bild entstehen."

Trotz dieser Äußerungen hat Briand am 14. Juli Vertretern der Pariser Presse folgendes erklärt:

"Ich bedauere es, daß der Reichsjustizminister auf Grund seiner Eigenschaft in die grausame Notwendigkeit verließt wurde, die standlose Freisprechung des Generals Stenger seitens des Reichsgerichts und die vorhergehenden Urteile, die auch Belgien und England enttäuschten, in Schutz zu nehmen. Ich muß es immerhin als Glück bezeichnen, daß sich Reichsjustizminister Schiffer nicht ebenfalls genötigt sah, sich auf Grund seiner Eigenschaft auf die unqualifizierten Kundgebungen einer feindseligen Menge gegen die französischen Vertreter beim Reichsgericht zu entschuldigen. Wenn man die Zeitungen liest, die voll sind von lästigen Provokationen, wenn man die abscheuliche Tatsache kennt, die sich soeben in Oberschlesien abgespielt hat, so kann es niemand in den Sinn kommen, daß man seitens Frankreichs den Hass schürt und den Augenblick verschiebt, in dem es möglich wäre, daß von beiden Völkern die normalen Beziehungen wieder herbeigewünscht werden könnten."

Nun wir können Herrn Briand versichern, daß von Deutschland aus alles getan wird, um ein einigermaßen extragliches Verhältnis herzustellen. Über Frankreich kennt nur ein Idiot: die Vernichtung Deutschlands. Dies ist um so tragischer, als jetzt alle Staaten Europas sich vereinigen sollen gegen den einen gemeinsamen Feind, den Bolschewismus. Statt dessen nimmt Frankreich

auf die Knebelung Deutschlands. Wenn man nicht im leichten Augenblick erkennt, wo der gemeinsame Feind steht, dann wird sich mit unerbittlicher Notwendigkeit das vollziehen, was Syngler den „Untergang des Abendlandes“ genannt hat. Europa, die Welt braucht jetzt Männer, die von höchstem Verantwortlichkeitsgefühl getragen, als Basis ihrer Politik jene Linie verfolgen, wie sie etwa in der Friedenspolitik eines Pericles vorgezeichnet ist. Die höchste Ehre des Staatsmannes sollte nicht darin liegen, ein Sprachrohr für haschverbündete Gemüter seiner Gegenwart, sondern ein Bahnbrecher für jene Wege zu sein, an deren Ausgang das Postament der Friedensgöttin steht.

## Aus Oberschlesien.

Nach neuesten Meliorungen aus Paris und London ist die Sitzung des Oberschen Rates auf unbestimmte Zeit vertagt worden. "Journal" berichtet, daß dies geschehen sei, weil Lloyd George und Briand jetzt ihren Urlaub antreten. Deshalb muß Oberschlesien der Gefahr eines direkten Aufstandes, mithin neuen Leiden und Drangsalen ausgesetzt werden. Das tut ja den Herren nicht weh. Wie es in Wirklichkeit in dem heimge suchten Abstimmungsgebiet aussieht, geht aus dem Bericht eines oberösterreichischen Großindustriellen hervor, den dieser gelegentlich der Unterredung des Außenministers Dr. Moser mit dem französischen Botschafter am 7. Juli in Berlin auf Wunsch des Botschafters abgegeben hat und der sofort der französischen Regierung zugehandelt worden ist. Darin heißt es:

Es scheint außerlich besser aus, als vor dem Abkommen mit Koranty, weil die großen Straßen von Insurgenten frei seien. Aber die Straße zwischen Katowice und Gleiwitz wurden von polnischen Insurgenten gehalten und geplündert. Die Insurgenten seien in die Oste zurückgekehrt, welche sie nach dem Abkommen geräumt haben sollen. Die Behörden der Insurgenten seien in Funktionen geblieben und verweigern den deutschen Bürgern den Gehorsam. Ein Teil der Insurgenten sei nach Polen abtransportiert, um dort militärisch ausgebildet zu werden und als Formationen für den geplanten vierten Aufstand zu dienen. Die Habsburgolden seien, soweit sie nicht aus Oberschlesien stammen, nach Polen zurücktransportiert worden. Sie seien in der Lage schnell nach Oberschlesien einzutreten. In Oberschlesien zweisteht niemand daran, daß der vierte Aufstand vorbereitet werde und jederzeit ausbrechen könnte.

Die Pariser "Humanité" bezeichnet es als Briands Plan, in aller Kürze den Krieg in Oberschlesien zu entfachen. Koranty soll mit einem neuen Aufstand beginnen als Antwort auf angebliche deutsche Putschgefahrten. Dann werde Frankreich militärisch vorgehen. Klar und deutlich schreibt die "Action Française": "Jetzt winkt der ersehnte Vormarsch ins Nuhrgebiet."

Also die schlau konstruierten, mit Absicht herausbeschworenen Komplikationen in Oberschlesien sollen nur der Vorwand für weiteres Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland sein. Für die Aufrechterhaltung der Sanktionen, für die Besetzung des Ruhrgebietes. Und das sind die "Hüter des Weltfriedens" und die "Vertreter der Weltgerechtigkeit"!

Inzwischen ist Briand für eine Verstärkung der Streitkräfte in Oberschlesien; denn "die Lage in Oberschlesien ist so schlecht, daß es nutzlos wäre, den Obersten Rat noch in diesem Monat einzuberufen. Dafür sollen Oberschlesien zum Trost wieder einmal Sachverständige nach Oberschlesien geschickt werden, die die Fragen klären sollen. Vier Monate seit der Abstimmung verflossen, und jetzt werden noch Sachverständige nach dem Abstimmungsgebiet gefordert!"

Zu diesem Plan schreibt "Evening Standard": "Frankreich plane offenbar wieder ein isoliertes Vorgehen. Deshalb muß Frankreich ebenso höchst wie ernst darauf hingewiesen werden, daß der einzige Weg zu sicherer Zugeständnissen in einem gemeinsamen Vorgehen der Alliierten steige, und daß dieses Vorgehen auf eine sofortige und endgültige Böfung der oberschlesischen Frage abzielen müsse."

Die oberschlesische Presse über die Vertagung.

Beuthen, 20. Juli. (PAT) Die oberschlesische deutsche Presse wie auch die Breslauer Presse befrechen lebhaft die letzte Note der französischen Regierung an die englische und italienische Regierung über die Vertagung der Entschuldigung über Oberschlesien bis September und über die Besetzungsverstärkung der Koalition in Oberschlesien. Die "Breslauer Neuesten Nachrichten" sind der Aufficht, daß England mit der Vertragung einverstanden sein wird, in der anderen Frage aber eine verneinende Antwort geben wird. In hiesigen englischen Kreisen herrscht die Überzeugung vor, daß auch England mit einer Verstärkung seiner Truppen im Verhältnis zur Verstärkung der französischen Belagerung einverstanden erklären wird. Von den Stimmen der polnischen Presse sagt der "Gonec Szlaski" u. a. Es ist schwer zu entscheiden, ob die neue Verstärkung zu unseren Gunsten auslaufen wird, da wir nicht wissen, was hinter den Kulissen der Diplomatie gehe. Es scheint jedoch, daß Beschlüsse nicht nötig sind, da hauptsächlich Frankreich für eine Veränderung der Entscheidung ist. Die polnische Bevölkerung in Oberschlesien muß nur befürchten, daß sich bis November die Freiheit der Orgeschäfte verschärfen wird, und daß eine bewaffnete deutsche Bewegung entsteht.

Beuthen, 19. Juli. (Tel.-Un.) Die deutschen und polnischen Pressevertreter der hiesigen Zeitungen protestieren beim Kreiskontrollleur Beuthen gegen die scharfen Bensurvorschriften. Rosenberg, 20. Juli. (Tel.-Un.) In der Nacht vom 16. zum 17. Juli kam es in der Rosenberger Gegend zu erneuten Bandenkämpfen.

Kattowitz, 20. Juli. (Tel.-Un.) Die Un Sicherheit im Landkreis Kattowitz ist durch die erfolgte Säuberungsaktion nicht verhindert worden, sondern scheint nach täglich einlaufenden Meldungen über Raubüberfälle, Einbrüche usw. immer größer zu werden.

Chopinow, 18. Juli. (Tel.-Un.) Die polnischen Flaggen sind hier eingezogen worden, es steht nur noch eine von dem Gebäude der polnischen Kommandantur. Diese soll in den nächsten Tagen aufgelöst werden, da ihre Mitglieder verschwunden sind. Im Orte hält sich nur noch der ehemalige Ortskommandant auf.

## Polnische Tagesneuigkeiten.

Der Internationale Frauenkongress nahm eine Entschließung an, welche die Revision der Friedensverträge fordert.

Die estnische Republik ist von Deutschland de jure anerkannt worden.

Ungarn mobilisiert. Die "Neue Freie Presse" erfährt, daß die Regierung Jugoslawiens die Ansicht hat, in allerhöchster Zeit einige Jahrgänge zu mobilisieren.

De Nicola bleibt Kammerpräsident. In der heutigen Kammer-

## Die Wilnaer Frage.

Warschau, 19. Juli. (PAT) Die polnische Regierung sandte nachstehende Antwort auf den Beschuß des Völkerbundsrates vom 28. Juni:

In Beantwortung des Beschlusses des Völkerbundsrates vom 28. Juni habe ich die Ehre Ihnen folgendes mitzuteilen: Erstens von der aufrichtigen Absicht, mit der der polnisch-litauische Streit auf Grund einer erneuerten brüderlichen gemeinsamen Arbeit beendet wurde, erklärt die polnische Regierung, daß sie im Grunde den Beschuß des Völkerbundsrates vom 28. Juni zustimmt. Die polnische Regierung erklärt sich mit einer Fortsetzung der Verhandlungen mit der Kownoer Regierung einverstanden und nimmt als Basis zu einer weiteren Aussprache ihren Einleitungsentwurf unter der schon vom Völkerbundrat anerkannten Bedingung an. Nach dieser Bedingung wird der endgültige Vertrag erst in Kraft treten, wenn er durch legale Repräsentation der Wilnaer Bevölkerung angenommen ist. Ich behalte mir ausdrücklich vor, daß die Annahme Ihres Entwurfes als Grundlage einer Aussprache in keiner Weise der Annahme durch die polnische Regierung vorengreift. Die Annahme des Entwurfes des Völkerbundsrates vom 28. Juni wird ungültig, wenn keine ähnliche Annahme durch die litauische Regierung erfolgt. Gleichzeitig erklärt die polnische Regierung, daß sie alle Rechte aufrecht erhält, die Polen in bezug auf das Wilnaer Gebiet hat, und deren Gültigkeit ständig und unverändert von dem polnischen Sejm und zuletzt von der polnischen Delegation in Brüssel aufrecht erhalten wurde. Die bevollmächtigte polnische Delegation ist bereit, nach Brüssel zu kommen, um dort unter Ihrem Vorsitz Verhandlungen mit der litauischen Delegation zu pflegen. Gleichzeitig mit Beginn der Verhandlungen wird die polnische Regierung Mittel ergreifen, um stufenweise ihre Bürger, die in der Verwaltung oder in der Armee des Generals Beloviski dienen, aus Mittellitauen zurückzuziehen. Die polnische Regierung erklärt sich bereit, sofort den Eisenbahnen, Telegraphen- und Postverkehr zwischen Polen und dem Kownoer Litauen wie auch die Handelsbeziehungen und die konsularischen Beziehungen aufzunehmen. Die Forderung des Völkerbundsrates bezüglich Mittellitauens und der Reorganisation und Reduzierung der Truppen hat die polnische Regierung General Beloviski mitgeteilt, dessen Antwort in kürzester Zeit dem Völkerbundsrat übermittelt werden wird. Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir mitteilen würden, wann die polnische Delegation sich in Brüssel Ihnen zur Verfügung stellen soll. ges. Skriven.

Warschau, 20. Juli. (Tel.-Un.) In der nächsten Woche findet im Außenministerium eine Sitzung der Sachverständigen über die Wilnaer Frage statt. Aufgabe dieser Konferenz wird die Bearbeitung des Materials für die polnische Delegation beim Völkerbund im Zusammenhang mit dem Vorschlag Hyman's sein.

Gens, 20. Juli. (Tel.-Un.) Die litauische Delegation wird nicht nach Brüssel gehen, um die polnisch-litauischen Verhandlungen fortzuführen. Litauen wird in einigen Tagen einen ausführlichen Bericht dem Völkerbund einreichen, worin der Versöhnungsvorschlag von Hyman abgelehnt wird.

## Schutzbündnis der Baltischen Staaten.

London, 20. Juli. (PAT) Nach Reuter hat der litauische Außenminister erklärt, daß seine letzten Konferenzen mit den Ministern von Lettland und Estland zu einem Schutzbündnis der drei baltischen Staaten geführt hätten.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes.

Paris, 20. Juli. Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes ist wieder zu einer Tagung zusammengetreten. An den Verhandlungen nahmen teil: Viviani für Frankreich, Fischer für England, Schanzer für Italien, ferner Vertreter von Japan, Schweden und Chile, die seiner ist in diesem Ausschuß gewählt wurden. Als Sachverständige sind Marshall Foch, Admiral Gough Calthorpe, ein italienischer General und ein Spanier zugezogen worden.

Auf Ersuchen der französischen Regierung nimmt der Vertreter des Gewerkschaftsbundes Jouhaux an den Verhandlungen teil, um den Standpunkt der Arbeiter zu gewissen Fragen mitzuteilen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Fragen: Privatfabrikation von Waffen und Kriegsmaterial, der Waffenhandel und seine Überwachung, die Beschränkung des Heeresbudgets.

Viviani eröffnete die erste Sitzung mit einer Rede, in der den Konferenzplan Hardings freudig begrüßte. Der englische Delegierte Fisher beantragte dann, die Frage der Abrüstung zur See von der Abrüstung zu Lande zu trennen, da letztere praktisch nicht geregelt werden könne, so lange Deutschland und Russland nicht dem Völkerbund angehören und man der Neutralität Deutschlands nicht sicher sein kann. Fisher betonte weiter, daß Amerika das Abkommen über den Waffenhandel noch nicht ratifiziert habe und daß die Lösung des Problems durch die Haltung der Vereinigten Staaten er schwert werde. Der italienische Vertreter Schanzer pflichtete Fisher bei. Fisher und Schanzer erklärten übereinstimmend, das Heeresbudget genüge nicht als Abrüstungs-Index, man müsse andere Gesichtspunkte mitbeachten, vor allem den Wert des schon vorhandenen Kriegsmaterials.

## Haltung des Völkerbundes?

Washington, 20. Juli. Senator Lodge hat einem Gegner des Völkerbundesvertrages die Sicherung abgegeben, daß Präsident Hardings Bemühungen um die Abrüstung gänzlich auf der Seite des Völkerbundes stehen, und daß die Vereinigten Staaten diesen Bund nicht in die Verhandlungen einbezogen würden.

Ein neues Abkommen zwischen Deutschland und den Alliierten.

London, 20. Juli. Nach langwierigen Verhandlungen steht die Ratifizierung eines wichtigen Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten bezüglich des Clearingverfahrens bevor, wonach künftig an Stelle des jeweils schwankenden deutscherseits monatlich zu zahlenden Saldobertrages ein monatlicher Beitrag von zwei Millionen Wund tritt zur Ableitung der Kriegsschuld. Ferner steht endlich die Ratifizierung des bereits zu Jahresanfang geschlossenen deutsch-englischen Abkommens über die Freigabe des sogenannten "kleinen Eigenums" bevor.

Nach einer Meldung des "Basler Anzeigers" aus Paris, stellen "Tempo", "Matin" und "Journal" zum bevorstehenden Abschluß der Basler Verhandlungen zwischen Deutschen und Franzosen fest, daß die Einigung sich auf die Annahme fast aller französischen Vorschläge gründet. Besonders in der Frage der Sachlieferungen habe sich der französische Standpunkt restlos durchgesetzt.



# Posener Tageblatt.

der Mehrheit für den Streik. Mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl jedoch und in der Erkenntnis der Folgen eines Landarbeiterstreiks wurde beschlossen, den Streik nicht zu befürworten in der Hoffnung, daß im Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband das Gefühl der Gerechtigkeit und des nationalen Wohls siegen wird. Bis jetzt haben die Beratungen noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Sie verschließen sich am Widerstand der Vertreter der Arbeitgeber. Die Landleute in der Provinz stehen nicht auf dem Standpunkt des unbegründeten Widerstandes und schließen auf eigene Hand mit Hilfe der Starosten Verträge, in denen sie die Bedingungen der Polnischen Verfassung annehmen. Dieser Vertrag kam schon im Kreise Wohlstein zu stande, und in anderen Kreisen sind entsprechende Verträge im Gange. Heute um 12 Uhr mittags findet die letzte Konferenz statt; wenn diese zu keiner Einigung führt, dann werden die Kreise, die unter der Diktatur des Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes stehen, von morgen ab sich in einem Arbeitstreik befinden. Die ganze Verantwortung fällt auf den Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband, der, wie bisher, bewußt zum Streik treibt.

Wir geben diese Ausführungen des „Kurier“ wieder, ohne näher dazu Stellung zu nehmen, auf welcher Seite eigentlich die Schuld liegt, wenn keine Einigung zustande kommt.

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 21. Juli.

### Noch immer kein Regen!

Unsere Landwirte jammern mit Recht über die andauernden regenlosen Zeiten, die alle Hoffnung auf eine Besserung der Futterverhältnisse für das Vieh zuschanden werben läßt. Die Wiesen liegen im wahren Sinne des Wortes ausgebrannt da, und viele Landwirte scheuen sich infolge des Futtermangels veranlaßt ihr Vieh zu veräußern bzw. ihren Viehstand bedeutend zu verringern, da sie es nicht mit ansehen mögen, daß die Tiere verhungern. Auch sonst sind die Ernteausichten infolge der langen regenlosen Periode im Mai und Juni sehr verschieden, bei weitem jedenfalls nicht so günstig, wie manche, von jeder Sachkenntnis ungetrübte Leute anzunehmen scheinen. Uns haben verschiedene Großgrundbesitzer versichert, daß sie seit Jahren nicht eine so schlechte Ernte gehabt haben wie diesmal, einmal wegen der unzähligen Dürre, dann aber auch, weil infolge des Mangels an künstlichen Düngemitteln dem durch die langen Kriegsjahre ausgemergelten Boden der Nährstoff nahezu vollständig fehlt. Ganz besonders übel macht sich der Düngermangel auf den Hübenfeldern bemerkbar; die Hüben sind in ihrer Entwicklung vollständig zurückgeblieben.

Über den Regenmangel klagen auch unsere Gartenebesitzer, unsere Schrebergärtner, die seit Wochen einen unabsehbaren aussichtslosen Kampf gegen die andauernde Dürre führen, indem sie den fehlenden Regen durch fleißiges Gießen zu ersehen versuchen. Über für einen durchdringenden Regen, den alle Gartengewächse dringend nötig haben, gibt es keinen genügenden Ertrag. Und so müssen die Schrebergärtner zusehen, wie ihre zunächst zu großen Hoffnungen berechtigenden Pflanzen verdorren oder die Früchte in der Entwicklung zurückbleiben.

Als am 27. Juni, dem Siebenstädter Tag, der Himmel seine Schleusen öffnete, da war manch einer betrübt über die Aussicht auf eine siebenwöchige Regenperiode. Nun, diesmal gerät der Siebenstädter Tag ins Wanken, denn von den 24 hinter uns liegenden Tagen hatten wir einschließlich des Siebenstädter Tages nur an fünf Tagen Regen, die übrigen 19 Tage waren trocken und heiter. Gestern Abend hatte sich der Himmel zwar mit dunklen Wolken überzogen, so daß wohl jeder glaubt bestimmt damit rechnen zu können, daß wir nachts einen durchdringenden Regen haben würden. Aber — es hat nicht einen Tropfen geregnet, und heut haben wir wieder den schönsten azurblauen Himmel.

### Einstweilige Pensions- und Rentenzahlung an die deutschen Beamten und ihre Hinterbliebenen.

Über die Pensions- und Rentenzahlungen an die deutschen Beamten und ihre Hinterbliebenen hat der Minister für das ehemalige preußische Teilgebiet unter dem 25. v. Mts. bis zur endgültigen Regelung der Frage einstweilen folgende Verordnung erlassen, die geeignet ist, den berechtigten Klagen der betreffenden Beamten abzuholen. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Wie aus dem Wortlaut des Sejmgesetzes vom 17. März 1921 hervorgeht (Dz. Ustaw Nr. 81, Pos. 179), hat dieses Gesetz im ehemaligen preußischen Teilgebiet keine bindende Kraft. Die Frage der Pensionsregelung für die ehemaligen deutschen Beamten, die in die Kategorie der Staats- und Kommunalbeamten und

Bleib' aufrecht, daß sie nicht mit Ringern zeigen:  
Sich den! Es ist nicht mehr sein Steuermann.

Gib acht! Besinne dich! Trag' deine Stirne

So unbefleckt wie die Gleisensperre.

Auf meiner Schlachtfahne, rüst' er einmal aus, soll in leuchtender Schrift das edelste Wort glänzen: Selbstkünft. Das Wort, das Wermut sät und Rosen erneut, das die ausgestreckten, heißen Langen Arme sinken läßt: es muß sein, willst du dich vor dir selber achten. Das Wort, das die Stirne mit Schweiß bedeckt und sie trocken wie ein fühlender Seewind am Julitag, das Wort, das uns nach härtesten Kämpfen in sturmstummen, warmsonnigen, fieberbeglänzten, einsamen Herbstnachmittag stellt. Und um das gewaltige Wort stich ich den Stachelstrahl: Tod aller Weichlichkeit. Über mich aber komme die Kraft Gottes, den ich suche, seit ich denken kann!"

Und seine heiligste Bitte an die Sterne ist: "Dass ich ein guter, edler Mensch werde, daß ich dem Nachbar helfe, wo ich kann, daß ich ein frisches Herz behalte, ein fröhliches! Trog' allem Drang und Druck der Erde."

Liliencron ist bei allem ungestüm den Orange nach Freiheit, bei allem Verständnis für jede Geistesrichtung, und obwohl er selbst das Leben des Bohemiens durchsetzt hat, immer Offizier und Edelmann geblieben. Zu seinen schönsten und originalen Gedichten und Novellen gehören die das Soldatenleben vergleichenden Bilder und Balladen und die "Kriegsnovellen".

Mit Wehmuth erinnere ich mich jener Nachrichten, die mir über des Dichters letzte Tage zuliefen. Es war dem Dichter vergönnt, kurz vor seinem Tode noch einmal die Schlachtfelder im Essjay-Bothen zu besuchen. Er wollte sie seinen Kindern zeigen. Auch als er dann erkrankte, hat er viel von jenen Siegestagen geplaudert und auch wohlphantasiert — es war ihm einmal — als ob er verwundet auf dem Schlachtfeld lag. Diese Erinnerungen sich hingebend, schied er von uns. Am Sonntag, dem 25. Juli 1919, ist er dann auf dem Friedhof zu Alt-Mühlstedt beerdigt worden. Als der Ortsgemeistere, ein langjähriger Freund des Verstorbenen, der Familie Trost zusprach, spielte draußen die Kapelle des 31. Infanterieregiments den Kurhessischen Reitermarsch, den sich der Dichter als Totenfeiermusik bestellt hatte. Und dann sprach ihm Richard Dehmel draußen das letzte Lebewohl noch: "Wenn er jetzt unter uns treten könnte, er würde sagen: 'Kopf hoch, Leute!' Er würde es sagen, laut oder leise, mit seinem hellen, trockigen Lachen oder mit stillem, gütigem Lächeln. An solchem Grade wollen wir nicht trauern, wir wollen unsern Herzen erheben. Wenn wir weinen müssen, ist es nicht bloß Schmerz, es ist aus überströmender Dankbarkeit, daß wir so Unendliches mitfühlen können, des Dichters unvergängliches Werk, des Menschen unvergängliches Wesen . . ."

der Volks-, Mittels- und Hochschullehrer gehören, wie auch die Frage der Ausszahlung der Witwen- und Waisengelder bilden den Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem polnischen Staat und dem Deutschen Reich. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird nach ihrer Beendigung als Gesetz herausgegeben werden. Bis zum Inkrafttreten des Vertrages bestimme ich, daß die Departements den untergeordneten Behörden und Ämtern zur weiteren Ausszahlung der Pensionen, der Witwen- und Waisenrenten einschließlich der entsprechenden Zulagen in der Höhe, wie sie in den bezüglichen deutschen Verordnungen und Vorschriften enthalten sind, in polnischer Valuta auszahlen. Die diese Ausszahlungen — dies muß besonders hervorgehoben werden — auf Rechnung des Deutschen Reiches geschehen, so werden die Departements ebenfalls eine Zusammenstellung der Summen des obigen Titels, die schon ausgezahlt sind, anordnen, und zwar für jeden Monat besonders, außerdem auch der Summen, die in Zukunft für die genannten Zwecke ausgezahlt werden. Diese Zusammenstellung ist dem Finanzdepartement einzureichen. Gleichfalls bevollmächtige ich die Behörden und Ämter, die den Witwen und Waisen die Renten auszahlen, daß sie in den Fällen, die eine Verzögerung notwendig machen, den pensionierten Beamten, Witwen und Waisen außer ihrer zuständigen Pension usw. Unterstützungen in einer Höhe zuteilen, wie es die materielle Lage nach einer eingehenden Prüfung rechtfertigt. Die Höhe der notwendigen Summen für die genannten Mehrzahlungen sind ebenfalls dem Finanzdepartement mitzuteilen.

# Die Gestaltung von Eisenbahnwagen. Die hiesige Eisenbahndirektion hält uns um Aufnahme folgender Zeilen: Anjuge genügenden Wagenbestandes teilt die Eisenbahndirektion mit, daß von jetzt an bis auf Widerfuß bei Bestellung von Wagen mit Ausnahme von Ladungen, die für das Ausland bestimmt sind, keine besondere Genehmigung von der Direktion nötig ist. Zu letztem Falle müssen die Interessenten auch weiter die Erlaubnis der Direktion nachsuchen.

X Der deutsche Fürsorgekommissar in Posen bittet uns um die Veröffentlichung folgender Mitteilungen:

Es kommt vielfach vor, daß sich Personen bei den Fürsorgestellen in Deutschland um Ausstellung von Übernahmenchein zu einer bestimmten Zeit zu melden. Diesen Anträgen kann nicht stattgegeben werden. Übernahmenchein werden nur von den Fürsorgekommissaren Posen und Bromberg ausgestellt. Jeder Auswanderer muß seine Ausreise durch den Deutschen Fürsorgekommissar bewilligen, der dann auch die Ausstellung der Überweisungsscheine vornimmt. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß Auswanderer, die nicht im Besitz dieser Überweisungsscheine sind, von den deutschen Übernahmestellen nach Posen zurückgewiesen werden.

Für Kommunalbeamte, Angestellte im Sinne des § 2 des Unterbringungsgesetzes und unmittelbare Staatsbeamte (Lehrer und Forstbeamte) ist bei der diesseitigen Dienststelle eine Unterbringungsstelle eingerichtet, die den Zweck hat, abwandernden Beamten Wohnungseinheiten zu beschaffen. Sämtliche abwandernde Beamte haben sich zwecks Eintragung in der Unterbringungsliste bei der diesseitigen Dienststelle zu melden. Antragsteller können die dazu erforderlichen Muster bei der diesseitigen Dienststelle bzw. bei den Untergeschäftsstellen in Lissa, Ostrowo, Gnese, Bentschen und Krötzschin erhalten. Diese sind genau ausgefüllt sofort dem Deutschen Fürsorgekommissar, Komunalabteilung, Posen, Aleja Chopina 8a (früher Kirchbachallee), einzurichten.

+ Eine neue Bank wird in der ul. Pawla (früher Pauliščstr.) unter dem Namen „Mieszczańsko“ eröffnet; sie will, wie der Name besagt, mit dem Bürgerstande arbeiten.

# Berichtigung zum Wuchergesetz. Die im Wuchergesetz veröffentlichte in Nr. 121 dieses Blattes angeführten Verordnungen datieren vom 23. Juli 1915 und 8. Mai 1918.

# Brandbericht. Auf dem Güterbahnhofsgelände östlich des Hauptbahnhofs brannte heut nachmittag in der zweiten Stunde neben dem Speicher der Centrala Rolników ein mit Fässern gefüllter Schuppen der Firma Freudenreich und Chnaud niederr. Der Feuerwehr, die kurz vor 1 Uhr gerufen wurde, gelang es, das Feuer, das auch die daneben liegenden Speicher und Holzlager bedrohte, auf seinen Herd zu beschranken. Sie war beim Redaktionsschluß noch in voller Tätigkeit.

X Beschlagnahme Diebesbeute. Auf dem Dache des Hauses ul. Słomackiego 34 (früher Karlstr.) wurde in einen Betthengst eingewildelt ein Hertenpelz mit grauem Bezug, innen Schaffell, und ein Paar Unterbeinsleider, mit Kauenfell gefüttert, vorgefunden. Die Sachen sind vermutlich von einem Spitzbüben dort zurückgelassen worden. — Ferner wurden gestern 20 Meter, vermutlich ebenfalls aus einem Diebstahl herrührender, weißer Stoff mit gelben kleinen Ringen beschlagnahmt. Die Sachen können sämlich im Zimmer 8 der Kriminalpolizei besichtigt werden.

X Diebstähle. Auf der ul. Piastowska (früher Sandstr.) wurde gestern ein zweirädriger Handwagen im Werte von 15 000 M. von der Straße gestohlen. — Einer Dame wurde am Sonnabend in einem hiesigen Pensionat ein Paar goldene Ohrringe mit 16 Brillanten und eine venezianische Brosche in Gestalt eines goldenen Vogels, ausgelegt mit Perlen, Rubinen und Türkis, im Gesamtwerte von 280 000 M. gestohlen.

X Polizeibericht. Festgenommen wurden gestern eine Person wegen Diebstahls, eine wegen Bettelns, zwei Frauenzimmer wegen Umlhetreibens, drei Obdachlose, zwei wegen verschiedener Straftaten gesuchte Personen.

\* Inowrocław, 20. Juli. Der „Kurier“ schreibt: Dem Beispiel anderer Städte, wie Posen, Thorn, Graudenz usw. folgend, haben auch bei uns auf dem heutigen Markt sich Gruppen von Käufern gebildet, um gemeinsam gegen die Preisforderungen der Landleute zu protestieren und eine Herabsetzung der Preise zu erzielen. Auch ging man in Fleischgeschäfte, in denen man gewahrsam die Preise für Fleisch auf 70 M. und für Wurst und Speck auf 80 M. herabsetzte. Auf dem Markt zwang man die Landleute, die für Butter 300 M. verlangt hatten, diese für 180 M. zu verkaufen. Auf dem Marktplatz ist es leider auch zu einzelnen unlösamen Szenen gekommen. So wurde einer Landfrau, die ihre Butter nicht billiger als zu 300 M. das Pfund abgeben wollte, von einer aufgeregten Käuferin ihr ganzer Buttervorrat mit den Worten: "Dir ist sie selbst!" ins Gesicht geworfen. Angesichts dieses Vorfalls räumten die Verkäufer und Händler im Nu den Marktplatz. Auch wir geben unserer Empörung über die in letzter Zeit ins Überschwang hinaufgeschraubten Preise Ausdruck, doch weisen wir sehr, daß dieses gewalttätige Vorgehen der richtige Weg ist, um die so wünschenswerte Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu erreichen.

\* Briesen, 19. Juli. Der kommissarische Bürgermeister Kaufmann Bialecki hat den Wojskowen um Entbindung vom Amt gebeten. Der Wojskowen hat dieses Gefüge jedoch abgelehnt und B. erlaubt, daß er bis zur Besetzung der Stelle mit einem Bürgerbürgermeister weiter zu verwalten.

\* Pelpin, 12. Juli. Der Abg. Dr. Breski verzichtet, wie der „Dziennik Trybunalski“ berichtet, von Pelpin nach Thorn, wo er für 250 000 deutsche Mark eine Villa und eine Frauenklinik gekauft hat.

### Aus Österreich.

\* Neidenburg, 20. Juli. Ein Großfeuer wütete am Freitagabend in Gimendorf im Kr. Neidenburg. Das Feuer entstand in einem Kästenhäuschen, wo die Glut aus dem Ofen in einen davor lagernden Holzstapel fiel. Anfolge der Dürre und des starken Windes griff das Feuer sehr schnell um sich. In kurzer Zeit stand bald das ganze Dorf in Flammen. 28 Wohnhäuser und 49 Wirtschafts-

gebäude fielen dem rasenden Element zum Opfer. Nur die Schule und einige Wohnhäuser blieben verschont. Der Schaden wird dadurch erachtet daß die gesamte Bevölkerung und etwa die Hälfte der diesjährigen Fluggenreiter schon eingebracht waren und mitverbrannten. An Vieh starben Schweine und Geflügel in den Flammen um. Viele Vorfälle sind verbrannt. Ein großer Teil der Bewohner ist obdachlos. Die meisten sind auch nur niedrig versichert.

### Neues vom Tage.

Der Streit in Mährisch-Ostrau? Die tschechischen Zeitungen berichten, daß der Streit zwischen den Bergarbeitern und Grubenbesitzern in Mährisch-Ostrau in ein kritisches Stadium getreten ist, das wahrscheinlich zum Streit führen wird. In der Konferenz der Arbeiterräte erklärten die Vertraulandsleute der Bergarbeiter, daß sie dem Terror der Grubenbesitzer nicht unterlegen wollen. Datum heißt es, sich zum Streit vorzubereiten und für diese Idee andere Arbeiter zu gewinnen.

# Telegraphenverbindung zwischen Russland und der Tschechoslowakei. Das Tschechische Pressebüro berichtet, daß am 15. Juli eine telegraphische Verbindung zwischen der Tschechoslowakei und Russland hergestellt wurde.

# Ein rätselhafter Goldtransport. Den Zeitungen wird aus Leipziger gemeldet, daß mit einer gewissen Hartnägigkeit das Gericht umgehe, eine große Menge russischen Goldes sei nach Frankreich eingeführt worden. Nach eingezogenen Erklärungen verhält sich die Sache nicht ganz so, wie man sie darstellt. Diese Ladung Gold ist wohl in Le Havre angelkommen und zwar auf einem schwedischen Dampfer. Dieses Schiff, das von Stockholm kam, hatte 40 Kisten Gold an Bord. Den Empfänger der Sendung konnte man nicht feststellen.

# Erdbeben in China. Nach einer Meldung des französischen „Observateur“ sind in Sizawen in der Nähe von Shanghai 180 000 Menschen getötet worden.

### Handel, Gewerbe und Verkehr.

#### Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	21. Juli	19. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—	—
3½% " " Buchst. Au. B	—	—	—
3½% " " ohne Buchst.	—	250 +	—
3½% " " Buchst. C	—	250 +	—
3½% " " Buchst. Du. E	—	—	—
4% " " (neue)	—	—	—
4% " " (neue) mit poln. Stempel	—	—	—
4% Pol. Pfandbriefe	—	—	—
4% Pol. Provinzialobligationen	—	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—	—
5½% Obl. Cegieliski	—	—	—
6% Schuldscheine der Bank Śląska	—	—	—
Hypot. Warszawski	—	—	—
Bank Świdnicki I-VII em. (ungeg.)	—	—	—
Bank Świdnicki VIII em. (ungeg.)	260 +	—	—
Bank Świdnicki IX em. (ungeg.)	250 + A	250 + A	—
Bank Handlowy, Poznań I-VII VIII	335 + N	335 + N	—
Bank Handlowy, Warsaw	335 + N	335 + N	—
Bank Dyrl., Bydg.-Gdański I-IV	—	—	—
Kwilecki, Potocki i Sta.	500 +	500 + N	—
Bank Bemian	690 + A	690 +	—
R. Bartelowski I-IV em.	—	—	—
R. Bartelowski V em.	195 +	205 +	—
Centrala Ślęz.	—	650 +	—
Lublin	540 +	535 +	—
Dr. Roman Maj	620 + A	640 + A	—
Patria	370 + N	370 + N	—
Bozn. Świdnicka Drzewna	1550 + N	—	—
C. Hartwig I-II em.	420 + N	—	—
C. Hartwig IV em.	405 + N	405 + N	—
Cegieliski I-VI em.	265 + A	275 + A	—
Cegieliski VII em.	265 + A	275 + A	—
Hurtownia Świdnicka	180 + A	180 + N	—</

Die in Nr. 120 dieses Blattes veröffentlichte Verlobungsanzeige

**Käthe Melchner — Leo Kliche**  
beruht auf Täuschung und hat nicht stattgefunden. Weiteres eingeleitet. [3762]

**Leo Kliche, Chludow.**

# Lokomobilriemchen

aus po. Sammlhaar

beste Friedensware, 150 mm  
breit, ca. 28 m lang, offiziell  
in größeren Mengen vom Lager.  
ebenfalls Lederriemen,  
Näh- und Bindereien,  
Pumpenmanschetten und  
verschiedene Packungen  
für Dampfmaschinen

**Z. MAZURKIEWICZ**

(Gegründet im Jahre 1878)

Poznań, Kantaka 8.

## Deutsche Volksbank

Sp. z. z. o. o. [2075]

## Bydgoszcz : Wyrzysk

Gdańska 13

Rynek

## Erledigung aller Bankgeschäfte

Verzinsung

täglicher Einlagen ab 1. 7. bis auf weit. 3½%  
monatl. " 1. 7. " " 4%  
vierteljährl. " 1. 7. " " 4½%

## Bon der Reise zurück

## O. Westphal, Zahn - Atelier.

### Berichtigung.

In der Anzeige Nr. 120 des Pos. Tageblattes muß es unter Che. 2098 heißen:

**„Marken-Porzellan“.**

### Zu kaufen gesucht —

auch für Amerikaner

Grundbesitz jeglicher Art, sowie kleine

Wirtschaften, Güter, Landwirtschaften,

Dampf- u. Wassermühlen, Häuser usw.

M. Wegner, Poznań, ulica Półwiejska 31,

Firma „Kultura“.

Telephon 1811.

## Gute ein Gut

in Größe von 500—2000 Mrg.

oder mehr. Offeren unter 2110 an die Ge-

schäftsstelle dieses Blattes erbeten.

## Schraubenfabrik,

lott im Betrieb, 80 Arbeiter, Vorort Berlin, eigenes Klein-  
Wohn- und Fabrikhaus. Wohnung daselbst, 450 Mille.  
sofort zu verkaufen. Offeren unter 3. G. 1768 an  
Rudolf Mosse, Berlin SW. 19. [M.B. 3882]

## Rauhhaus

glänzend reifend, hohen Gewinn ab-  
werend, mit das Beste und Größte Polens  
(früher Provinz Polen) mit fast neuer hoch-  
eleganter Einrichtung in Stadt von ca.  
30 000 Einwohnern anderer Unternehmung  
halber zu verkaufen. Interessenten, aber nur solche, die  
über größere Kapitalien verfügen, wollen Offeren unter  
2131 an die Geschäftsstelle dieses Blattes einsenden.

Bekäufe 12—16 zugsfähige, bereits eingehärente

## Bugochsen

im durchschn. Gewicht von 10 Ztr. Besichtig. jederzeit mögl.  
Dom Grudziec, Post- und Bahnhofstation Brzeg.

## Feldbahngleis,

50 oder 60 cm  
Spurweite, ge-  
braucht oder neu,  
zu kaufen gesucht.

Dominium Gora, powiat Jarocin.

## Druckfehlerberichtigung.

In der Pfandbriefauskündigung des Poznańskie  
Ziemstwo Kredytowe (früher Posener Landschaft) vom  
18. Juni 1921, abgedruckt in der Beilage zu Nr. 103 des  
Posener Tageblattes vom 29. Juni 1921, sind folgende  
Druckfehler vorhanden, die hiermit berichtigt werden:

### Absatz 2: Die 3½%igen Pfandbriefe ohne Buchstaben:

Serie XI zu 5000 Mark  
hinter Nr. 21 041 folgt 044 nicht 041

25 921 922 622

Serie XII zu 2000 Mark  
hinter Nr. 14 187 folgt 189

20 450 451 nicht 151

21 862 892 692

24 514 525 425

Serie XIII zu 1000 Mark  
hinter Nr. 5 115 folgt 141 nicht 414

5 611 612 112

5 974 976 676

6 225 276 976

7 439 477

9 026 034 340

27 344 364 366

27 876 893 839

29 399 374 373

31 431 436 536

31 694 705 708

33 972 974 074

37 788 796 797

39 037 048 748

39 741 743 643

41 961 969 699

56 845 846 746

56 970 972 872

59 190 193 194

59 472 517 507

59 518 605 608 nicht 615

60 891 908 nicht 901

61 583 587 584

63 646 658

Serie XIV zu 500 Mark  
hinter Nr. 10 248 folgt 365 nicht 665

18 261 281 280

18 830 843 543

21 145 149 148

21 517 523 529

21 629 631 632

21 693 706 701

21 784 794 796

21 850 851 854

21 938 942 941

22 016 021 022

22 120 124 121

22 277 286 284

22 378 397 396

22 538 539 537

22 632 639 539

22 684 687 987

22 920 925 625

23 155 171 170

24 623 628 528

Serie XV zu 300 Mark  
hinter Nr. 18 561 folgt 566 nicht 516

18 711 724 624

20 352 357 307

20 529 544 547

Serie XVI zu 200 Mark  
hinter Nr. 16 279 folgt 281 nicht 381

19 091 093 998

21 642 646 046

21 857 867 878

25 660 661 361

26 666 669 969

31 658 655 155

Absatz 3: Die 3½%igen Pfandbriefe Buchstabe C:

Serie XI zu 5000 Mark  
hinter Nr. 360 folgt 371

Serie XII zu 2000 Mark  
hinter Nr. 3719 folgt 722 nicht 712

Reihe XII zu 1000 Mark

hinter Nr. 2935 folgt 3015 nicht 3005

Reihe XIV zu 500 Mark

hinter Nr. 1084 folgt 086 nicht 085

Reihe XVI zu 200 Mark

hinter Nr. 169 folgt 170 nicht 178

Absatz 4: Die 3%igen Pfandbriefe Buchstabe A:

Reihe III zu 2000 Mark

hinter Nr. 60 folgt 70 nicht 77

Absatz 5: Die 3%igen Pfandbriefe Buchstabe B:

Reihe XI zu 1000 Mark

hinter Nr. 189 folgt 201 nicht 271

Absatz 6: Die 4%igen Pfandbriefe Buchstabe D:

Reihe I zu 10 000 Mark

hinter Nr. 1525 folgt 528 nicht 328

Reihe II zu 5000 Mark

hinter Nr. 1774 folgt 784

4461 473 nicht 573

4631 637 737

4725 728 228

Reihe III zu 2000 Mark

hinter Nr. 1452 folgt 466 nicht 446

2279 289 280

Reihe IV zu 1000 Mark

hinter Nr. 542 folgt 548 nicht 448

5850 851 951

9994 996 995

Reihe V zu 500 Mark

hinter Nr. 8249 folgt 261 nicht 161

Reihe VI zu 300 Mark

hinter Nr. 2077 folgt 086 nicht 586

6608 638 639

8059 084 584

Reihe VII zu 200 Mark

hinter Nr. 3991 folgt 4017 nicht 4007

5565 571 511

7349 353 458

8195 204 202

8309 312 314

8736 744 644

8834 871 471